

Übersicht



Der Bürgermeister
Hilden, den 24.01.2021
AZ.:

WP 20-25 SV 20/019

Antragsvorlage

Antrag der CDU-Fraktion vom 22.12.2020: Organisationsentwicklung und digitale Transformation

Für eigene Aufzeichnungen: Abstimmungsergebnis			
	JA	NEIN	ENTH.
CDU			
SPD			
Grüne			
FDP			
AfD			
BA			
Allianz			
Linke			

Öffentlich

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

☐ noch nicht zu übersehen

Personelle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

☐ noch nicht zu übersehen

Beratungsfolge:

Hauptausschuss

03.02.2021

Entscheidung

Anlage 1: Antrag CDU - Organisationsentwicklung und digitale Transformation

Anlage 2: Bericht der Verwaltung im Rat am 13.01.2021

Antragstext:

Die CDU-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung unter Einbindung aller Leitungsebenen (Dezernate, Sachgebiete u.ä.), die Verwaltungsprozesse im Hinblick auf die dringend anstehende Organisationsentwicklung und digitale Transformation dokumentiert. Dies ist insbesondere mit Blick auf die bereits genehmigte Stelle in diesem Bereich zu priorisieren, damit nicht Zeit verloren geht, wenn erst nach Besetzung der noch nicht ausgeschriebenen Stelle mit den erforderlichen Vorarbeiten begonnen wird.

Die Verwaltung soll dazu einen Organisationsplan erstellen, in dem die ersten Handlungsschritte mit Zeitplänen und konkreten Zuständigkeiten hinterlegt ersichtlich werden.

Die derzeitige Sitzungsplanung sieht vor, dass sich der Hauptausschuss erst am 03.02.2021 zu seiner nächsten Sitzung trifft. Diesen Termin hält die CDU Fraktion angesichts der Wichtigkeit des Themas für nicht angemessen und beantragt daher die Planung einer Sondersitzung zum Thema Organisationsplanung/Organisationsentwicklung für Anfang bis spätestens Mitte Januar.

Das Thema der strategischen Organisationsentwicklung soll zukünftig ein permanenter Tagesordnungspunkt zu den Sitzungen des Hauptausschusses werden.

Erläuterungen zum Antrag:

Alle kommunalen Verwaltungen sind heute mehr denn je gefordert, eine Vielzahl von Aufgaben, auch unter hohem öffentlichem Druck zu bewältigen. Nach außen hin bislang weitgehend autonom arbeitende Verwaltungen wandeln sich in öffentliche Dienstleister.

Dies ist vom Gesetzgeber ausdrücklich so gewollt und z.B. durch das OZG (Onlinezugangsgesetz) so gefordert. Die damit einhergehenden Herausforderungen setzen ein ausgeprägtes Verständnis und Problembewusstsein für kommunale Prozesse, sowie entsprechende finanzielle, strategische und organisatorische Kapazitäten voraus.

Ziel ist die Schaffung einer transparenten, verlässlichen und modernen Verwaltung, deren Leistungen sich am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger orientiert. Ziel ist es ebenso, in diesen Prozess möglichst viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu integrieren, um zu einem von vielen sichtbar getragenen Weg zu gelangen.

Gerade im Kontext der derzeitigen Überlegungen zu Veränderungen der Dezernatsstrukturen unserer Verwaltung und der in den zurückliegenden Monaten so viel beschworenen digitalen Transformation, muss eine solche Planung unter Einbezug der vorhandenen Leitungsebenen und Fachleute mit hoher Priorität vorangetrieben werden.

In einem ersten Schritt sollte die IST-Situation festgestellt werden, um damit die Grundlage für einen Handlungsplan zu schaffen.

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Ratssitzung am 13.01.2021 wurde ein Bericht über die IT-Landschaft der Stadt Hilden und den weiteren Digitalisierungsplanungen dargestellt. Dieser ist als Anlage angefügt.

Die jetzt vorgelegte Stellungnahme der Verwaltung soll den Bericht / die Präsentation ergänzen.

Für die Darstellung des Status Quo der IT-Landschaft ist folgende wesentliche Ergänzung angezeigt:

- Betrieb eines hochverfügbaren Rechenzentrums sowie eines Ausfallrechenzentrums mit mehr als 75 Terabyte Nettospeicherkapazität.

Die Entwicklungsplanung für 2021 ist gegenüber der dargestellten Verfahrenseinführung um folgende wesentliche Projekte zu ergänzen:

- Umstellung der Software zur Unterstützung der Baugenehmigungsverfahren auf ProBAUG 2015 zur Vorbereitung des digitalen Baugenehmigungsverfahrens, der Einbindung in das Dokumentenmanagementsystem der Stadt Hilden und der Anbindung an das Bauportal des Landes NRW (www.bauportal.nrw.de) sowie der Unterstützung des Servicekontos NRW
- Beschaffung des Infoma-Moduls zum Reinigungsmanagement sowie einer App zur Erfassung der Zählerstände

Die Erläuterungen zu den wesentlichen Projekten, die in weiterer Zukunft in Betracht kommen, ist um folgenden Punkt zu ergänzen:

- Einführung der Methode BIM mit der Erstellung von digitalen Gebäudemodellen
Der Begriff Building Information Modeling - kurz: BIM; deutsch: Bauwerksdatenmodellierung - beschreibt eine Methode der vernetzten Planung, Ausführung und Bewirtschaftung von Gebäuden und anderen Bauwerken mithilfe von Software.

Ein weiteres wichtiges aktuelles Projekt stellt die Weiterentwicklung des Medienentwicklungsplans für Schulen insbesondere unter den aktuellen Anforderungen des digitalen Lernens dar. Mit dem Einsatz der vom Land geförderten Endgeräte für bedürftige Schüler ergeben sich bereits sehr kurzfristig Fragestellungen zur Digitalen-Schullandschaft in Hilden.

Es gilt aus der Rolle des Schulträgers funktionsfähige wie datenschutzrechtlich zulässige Schulmanagementsystem und Lernplattformen (oder eine Hybridlösung) auszuwählen, die gleichermaßen

- einen sehr zeitnahen Einsatz der mobilen Geräte für Schüler und Lehrer,
- eine Verwaltung der Endgeräte (Devices) unter Berücksichtigung der Anforderungen der Inventur und der IT-Sicherungsanforderungen sowie
- eine wirtschaftliche Anschaffung, Betreuung und Wartung der Anwendungen und eingesetzten Geräte

ermöglichen.

Dabei ist auch die Kompatibilität zu den Schulbuchverlagen zu gewährleisten, die digitale Lernmittel entsprechend der Lehrpläne zur Verfügung stellen.

Grundsätzlich sollten wegen fehlender Einflußnahmemöglichkeit auf Content-Filter, z.B. zum Jugendschutz, und auf Viren-Schutz-Programme keine fremden Endgeräte für die Lernplattformen zugelassen werden („don't bring your own device“). Die Verwaltung der städtischen mobilen Endgeräte soll über eine Schnittstelle auf die bereits in den meisten Schulen eingesetzte Microsoft

Office 365-Lösung erfolgen. Die Stadt Hilden bleibt dabei Eigentümerin der Endgeräte und übergibt diese an die Eltern der Schüler, die wiederum eine Nutzungsvereinbarung unterschreiben. Es ist beabsichtigt, für jede Schule eine eigene Domain einzurichten, zu denen die Tablets und Notebooks entsprechend Schulzugehörigkeit der Anwender zugeordnet werden. Jeder Anwender erhält hierzu eine eigene Nutzerkennung. Die Wartung und Inventarisierung der Geräte erfolgt zentral durch die Stadt Hilden als Schulträger / Eigentümer.

Eine spätere Umstellung auf die Schulplattform Logineo ist möglich. Im Sinne einer schnellstmöglichen Nutzung der Endgeräte und einer hohen Flexibilität für Lernprogramme sollte aber zunächst die beschriebene Fortschreibung der bisherigen Schul-Plattformen vorgenommen werden. Über die beschriebene Standardisierung kann eine sichere und wirtschaftliche Einbindung von Endgeräten sehr zeitnah erfolgen.

Die bereits genutzte, kostenfreie Office 365-Anwendung ist datenschutzrechtlich zulässig, da das Hosting der entsprechenden Server in der EU erfolgt. Es besteht zwar grundsätzlich ein Daten-Zugriffsrecht der US-Sicherheitsbehörden auf solche Anwendungen, die von US-Firmen angeboten werden. Dieser erfolgt aber im Einzelfall in konkreten Verdachtsfällen und schränkt die Zulässigkeit der Anwendung in Hildener Schulen nicht ein.

gez.
Dr. Claus Pommer
Bürgermeister

Klimarelevanz:
Noch nicht abzusehen.

Die CDU-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung unter Einbindung aller Leitungsebenen (Dezernate, Sachgebiete u.ä.), die Verwaltungsprozesse im Hinblick auf die dringend anstehende Organisationsentwicklung und digitale Transformation dokumentiert. Dies ist insbesondere mit Blick auf die bereits genehmigte Stelle in diesem Bereich zu priorisieren, damit nicht Zeit verloren geht, wenn erst nach Besetzung der noch nicht ausgeschriebenen Stelle mit den erforderlichen Vorarbeiten begonnen wird.

Die Verwaltung soll dazu einen Organisationsplan erstellen, in dem die ersten Handlungsschritte mit Zeitplänen und konkreten Zuständigkeiten hinterlegt ersichtlich werden.

Die derzeitige Sitzungsplanung sieht vor, dass sich der Hauptausschuss erst am 03.02.2021 zu seiner nächsten Sitzung trifft. Diesen Termin hält die CDU Fraktion angesichts der Wichtigkeit des Themas für nicht angemessen und beantragt daher die Planung einer Sondersitzung zum Thema Organisationsplanung/Organisationsentwicklung für Anfang bis spätestens Mitte Januar.

Das Thema der strategischen Organisationsentwicklung soll zukünftig ein permanenter Tagesordnungspunkt zu den Sitzungen des Hauptausschusses werden.

Begründung

Alle kommunalen Verwaltungen sind heute mehr denn je gefordert, eine Vielzahl von Aufgaben, auch unter hohem öffentlichem Druck zu bewältigen. Nach außen hin bislang weitgehend autonom arbeitende Verwaltungen wandeln sich in öffentliche Dienstleister.

Dies ist vom Gesetzgeber ausdrücklich so gewollt und z.B. durch das OZG (Onlinezugangsgesetz) so gefordert. Die damit einhergehenden Herausforderungen setzen ein ausgeprägtes Verständnis und Problembewusstsein für kommunale Prozesse, sowie entsprechende finanzielle, strategische und organisatorische Kapazitäten voraus.

Ziel ist die Schaffung einer transparenten, verlässlichen und modernen Verwaltung, deren Leistungen sich am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger orientiert. Ziel ist es ebenso, in diesen Prozess möglichst viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu integrieren, um zu einem von vielen sichtbar getragenen Weg zu gelangen.

Gerade im Kontext der derzeitigen Überlegungen zu Veränderungen der Dezernatsstrukturen unserer Verwaltung und der in den zurückliegenden Monaten so viel beschworenen digitalen Transformation, muss eine solche Planung unter Einbezug der vorhandenen Leitungsebenen und Fachleute mit hoher Priorität vorangetrieben werden.

In einem ersten Schritt sollte die IST-Situation festgestellt werden, um damit die Grundlage für einen Handlungsplan zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Claudia Schlottmann
Fraktionsvorsitzende

gez.
Peter Groß
stellv. Fraktionsvorsitzender

Antrag der CDU-Fraktion vom
22.12.2020:

Organisationsentwicklung und
digitale Transformation

Bericht der Verwaltung

Hard- und Softwarelandschaft

Betrieb von strukturierten kabelgebundenen Netzwerken in allen städtischen Verwaltungsgebäuden mit aktuell mehr als 1.200 aktiven Netzwerkports

Betrieb von WLAN Netzen in allen städtischen Verwaltungsgebäuden mit aktuell mehr als 80 Access Points

Betrieb von strukturierten kabelgebundenen Netzwerken in allen städtischen Schulen mit aktuell mehr als 2.500 aktiven Netzwerkports

Betrieb von WLAN Netzen in allen städtischen Schulen mit aktuell mehr als 250 Access Points

Betrieb von redundanten Hochverfügbarkeits-Firewalls

Betrieb von ca. 175 Servern im Verwaltungsbereich, davon ca. 165 virtualisiert

Hard- und Softwarelandschaft

Betrieb von ca. 30 Servern im Schulbereich

Betreuung von ca. 700 Endgeräten (davon ca. 550 PCs, 100 Notebooks, 50 Tablets) im Verwaltungsbereich

Betreuung von ca. 900 Endgeräten (PCs, Notebooks, Tablets) im Schulbereich

Betreuung von ca. 1.250 TK-Endgeräten (Tisch- und Schnurlostelefone, Smartphones, Mobiltelefone, Faxgeräte)

Betreuung, Softwareverteilung und Patchmanagement für mehr als 300 Verfahren und Anwendungen im Verwaltungsbereich

Betreuung, Softwareverteilung und Patchmanagement für mehr als 200 Verfahren und Anwendungen im Schulbereich

Betreuung der Schulen in Erkrath ca. 2.000 aktive Netzwerkports, 200 WLAN Access Points, 30 Server und ca. 800 Endgeräte im Rahmen eines interkommunalen Dienstleistungsvertrages

Für diese Aufgaben sind im Sachgebiet derzeit 13,9 Stellen eingerichtet

Leitung:	1 Stelle
Fachverfahrensadministration und Softwareverteilung:	6 (1 unbesetzt)
Datenbankmanagement, Netzwerkinfrastruktur und IT-Security:	1 Stelle
Telekommunikation und 1st Level Support:	2 Stellen
Verwaltungsaufgaben (Beschaffung, Rechnungsstelle, ILV):	1 Stelle
Betreuung der Schulen in Hilden:	1,6 Stellen
Betreuung der Schulen in Erkrath:	1 Stelle
IT-Sicherheitsbeauftragter:	0,3 Stellen

IT-Entwicklungsplanung

Grundlage der Planungen:

- Planungen: Fachbereiche und Dezernate
- Auftragsabwicklung : IT-Sachgebiet
- technische Implementierung : IT-Sachgebiet
- technische Betreuung: IT-Sachgebiet

Auswahl von Fachverfahren vom Sachgebiet IT oder von kommunalen Rechenzentren (RZ) betreut und betrieben

Dezernat I:

- Ratsinformationssystem Session (SG IT)
- Wahlauswerte- und Präsentationssystem votemanager (RZ regio IT)
- Stellenplanverfahren (bisher SG IT, zukünftig RVK Köln)
- Dokumentenmanagement (Einführung in der Gesamtverwaltung) (SG IT)
- Kundenbeziehungsmanagement cobra für die Wirtschaftsförderung (SG IT)

Auswahl von Fachverfahren vom Sachgebiet IT oder von kommunalen Rechenzentren (RZ) betreut und betrieben

Dezernat II:

- Personalabrechnungsverfahren (bisher SG IT, zukünftig RVK Köln)
- Finanzverfahren Infoma newsystem (SG IT)
- Einwohnermeldewesen MESO (SG IT)
- Ordnungswidrigkeitenverfahren WiNOWiG (SG IT)
- Gewerberegister & Erlaubniswesen GEVE 4 (SG IT)
- Standesamtsverfahren AutiSta (KRZ Minden-Ravensberg/Lippe)
- Einsatzplanungssoftware Feuerwehr Timeoffice (SG IT)
- Krankentransportabrechnung (Eigenentwicklung) (SG IT)

Auswahl von Fachverfahren vom Sachgebiet IT oder von kommunalen Rechenzentren (RZ) betreut und betrieben

Dezernat III:

- Bibliotheksverfahren BIBLIOTHECAplus (SG IT)
- Musikschulverfahren iMikel (SG IT)
- Wohnungsvermittlungsverfahren (EigenentwicklungSG IT)
- Kita-Platzvergabe LittleBird (RZ regio IT)
- Kindergartenverwaltung NH Kita (SG IT)
- Jugendamtsverfahren PROSOZ 14plus (SG IT)

Auswahl von Fachverfahren vom Sachgebiet IT oder von kommunalen Rechenzentren (RZ) betreut und betrieben

Dezernat IV:

- Software für techn. Gebäudeausstattung liNear (SG IT)
- Baugenehmigungsverfahren ProBauG (SG IT)
- Geoinformationssystem Autodesk (SG IT)
- Straßenkataster (Ablösung in 2021 durch ein neues Verfahren) (SG IT)
- Kanalinformationssystem S & K Tiffany (SG IT)
- Friedhofsverwaltung Frieda (Hosting beim Hersteller)

IT-Projekte aktuell in der Umsetzung:

- Umstellung des Lohn- und Gehaltsabrechnungsverfahrens auf SAP bei den Rheinischen Versorgungskassen Köln
- Die Einführung einer Online-Terminvergabe sowie eines Aufruf-Systems für das Bürgerbüro ist beauftragt, die Installations- und Schulungstermine stehen fest. Mit der Inbetriebnahme ist im Laufe des Jahres 2021 zu rechnen.
- Einführung Rechnungseingangsbuch: Die Software dient der Prozessoptimierung, insbesondere der Automatisierung von Arbeitsschritten. Mit der Einführung der Software sind perspektivisch Einsparungen im Bereich der Personalkosten geplant.

IT-Projekte aktuell in der Umsetzung:

- Die Neueinführung eines Straßenmanagementsystem zur Inventarisierung des Straßenbestandes und die Aufnahme von Straßenschäden auch über mobile Endgeräte ist beauftragt und wird in Kürze installiert.
- Das System unterstützt auch die gezielte Kontrolle von Aufgrabungen vor Ort, die Erfassung und Pflege von kommunalen Grünflächen, Spielplätzen oder dem kommunalen Baumbestand. Schäden (z. B. Baumschäden, defekte Spielgeräte) können direkt vor Ort erfasst und mit Fotos dokumentiert werden. Möglich ist auch das die Antragstellung und Verfolgung über das Internet sowie das Einholen von Stellungnahmen zu Vorgängen von internen und externen Instanzen über das Internet.

In 2021 sind folgende IT-Digitalisierungsprojekte geplant:

Relaunch des Internetauftritts www.hilden.de.

Die neue Homepage muss folgende Bedingungen erfüllen:

- einfache und übersichtliche Navigation
- klares, freundliches Design im Einklang mit dem Styleguide
- responsives Webdesign
- Barrierefreiheit nach der BIVT
- Übersicht über Verwaltungsangebote für die Bürger/innen (Leistungskatalog)
- Datenschutzvorgaben
- Schnittstellen zu Fachverfahren, Portalen (Onlinezugangsgesetz)
- Möglichkeit zur Einbindung von Zahlungsdienstleistern

In 2021 sind folgende IT-Digitalisierungsprojekte geplant:

Umstellung des vorhandenen Meldewesens MESO auf die Neuentwicklung VOIS-MESO.

Damit verbunden sind insb. folgende Vorteile:

- Online-Statusabfragen von beantragten Ausweisdokumenten möglich
- Weitere Leistungen des Bürgerbüros können auch online angeboten werden
- Unterstützung des Servicekontos NRW

Aufbau des Dokumentenmanagement (DMS)

- Einbindung weiterer Bereiche mit dem Ziel einer einheitlichen, medienbruchfreien Aktenführung

In weiterer Zukunft kommen
folgende Projekte in Betracht:

- Einführung eines Tools zum Personalkostencontrolling
- Einführung eines Seminarmanagement zur Planung, Ausschreibung und Organisation von Seminaren, Schulungen und anderen Formaten der Personalentwicklung.
- Einführung der digitalen Personalakte
- Einführung einer Beteiligungssteuerungssoftware. Die Software sollte Wirtschaftsplan- und Ergebnisdaten verwalten, Kennzahlen ermitteln und Berichte erstellen können

In weiterer Zukunft kommen
folgende Projekte in Betracht:

- Einführung einer RPA-Anwendung (roboting process automation). Virtuelle, lernende Kollegen können uns helfen, homogene Tätigkeiten mit großen Häufigkeiten in IT-Anwendungen kostenoptimal abzuwickeln
- Einführung von Online-Zahlungsmöglichkeiten
- Einführung der Möglichkeit, Bewohnerparkausweise online zu beantragen
- Installation eines Erfassungsautomaten für biometrische Daten im Bürgerbüro
- Einführung einer Software für die Dokumentation von Beratungen im Seniorenbereich / Sozialplanung
- Flächendeckende Ausstattung aller Kitas mit WLAN

Herausforderungen/Anforderungen:

- Zeitliche und inhaltliche Rahmenbedingungen, z. B. aus dem Online-Zugangsgesetz, Steuerungssystem (IKS)
- gewaltige Chancen und Risiken für den Organisationsentwicklungsprozess in der Verwaltung
- schnell wandelnde Erwartungshaltung an die (digitale) Dienstleistungsqualität von Bürgerinnen und Bürger
- vor allem fluktuationsbedingt: deutlich gestiegene Anforderungen an das Wissensmanagement

Lösung:

- Überleitung der:
bisherigen,
eher kurzfristigen und
meist Einzelaufgaben-bezogenen IT-
Entwicklungsplanung,
- in eine
zentral gesteuerte,
langfristige,
prozessorientierte Digitalisierungsstrategie
unter starker Vernetzung aller Beteiligten.

Ziele in 2021:

Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie:

- Berücksichtigung von Digitalisierungspotentialen, Bürgernutzen und Effizienzgewinnen
- Daraus Ableitung und Priorisierung klar definierter Ziele sowie E-Governance- und Verwaltungsmodernisierungs-Teilprojekte
- Ausstattung mit ausreichenden Personalkapazitäten, parallele Umsetzung und Steuerung auf Grundlage einer wirtschaftlichen und zukunftsfähigen IT-Landschaft

Ziele in 2021:

Fortentwicklung der IT-Landschaft:

- Vermeidung von Medienbrüchen und Datenredundanzen und Ermöglichung eines barrierefreien (-armen) Datenzugriffs für Bürger, Verwaltungsmitarbeiter und prozessbeteiligte Dritte.

Wichtig:

- Der Projektplan soll auch berücksichtigen, dass neben der Transformation von Prozessen und Aufgaben das operative Tagesgeschäft weitergeführt werden kann.
- Einbindung der beiden Stabsstellen
- Enge Zusammenarbeit zwischen der Organisationsentwicklung (Prozessmanagement) und dem Digitalisierungsbeauftragten
- Gemeinsame Erarbeitung eines Projektplans und eines Entwurfs der Digitalisierungsstrategie unter Beteiligung des Haupt- und Digitalisierungsausschusses
- Im Folgenden: Erarbeitung der weiteren Umsetzungsstruktur

Anträge, die im Zuge der anstehenden Strategieplanung aufgerufen werden:

- 006-20 Antrag SPD Aufbau eines offenen LoRaWAN
- 005-20 Antrag SPD Einrichtung einer Datenplattform
- 241-20 Antrag FDP Einführung einer Park-App
- 223-20 Antrag CDU Park-App
- 207-20 Antrag BA Live-Übertragung von Ratssitzungen